

8-Mio.-Schweiz: Wo liegen die Probleme?

Im P.S. vom 23. August hat Balthasar Glättli dafür plädiert, den einzigen Hot-spot der Umweltproblematik bei der Wirtschaft zu sehen und die Diskussion über das Bevölkerungswachstum aufs Eis zu legen. Dem ist zu widersprechen.

Dieter Steiner

Es erstaunt mich immer wieder, wie von prominenter linker Seite bezüglich des Bevölkerungswachstums der Schweiz argumentiert wird. Das ist mir nicht gleichgültig, da ich selbst Mitglied der GP bin und mich die Übernutzung unserer Umwelt seit Jahrzehnten beschäftigt. Neulich hat nun Balthasar Glättli dargelegt, die Bevölkerungszunahme sei nicht das «Hauptproblem» – womit er immerhin zugibt, dass sie auch ein Problem ist –, sondern die Crux liege bei der Wirtschaft, deshalb die Initiative «Für eine grüne Wirtschaft». Ja klar, auch ich sehe die Wirtschaft als Hauptfaktor der Umweltschädigung, sage aber auch, dass der von ihr stimulierte wachsende Ressourcenverbrauch nur ein Symptom des wirklichen Problems ist. Dieses liegt in der inhärenten Logik, nach der das Wirtschaftssystem funktioniert: Wachstumswang, Profitmaximierung, lückenlose Konkurrenz, globale freie Märkte. Solange sich dieses System in struktureller Hinsicht nicht grundsätzlich ändert, ist die Idee, die Wirtschaft liesse sich grünen, völlig illusorisch. Wohlverstanden, ich meine damit nicht, dass eine Initiative wie die der GP nutzlos ist, aber doch, dass sie auch im Falle einer überraschenden Annahme nichts Wesentliches bewirken kann. Das Ziel ist natürlich trotzdem richtig, und deshalb habe auch ich die Initiative unterschrieben.

Es gibt drei Probleme, nicht nur eines

Aber zurück zur Bevölkerungsproblematik. Man muss immer wieder daran erinnern, dass die alte Formel, wonach die Umweltbelastung aus den drei Faktoren Bevölkerungsgrösse, Ressourcenverbrauch pro Kopf und Umweltauswirkungen pro Ressourceneinheit resultiert, nach wie vor gültig ist. Bei einer ganzheitlichen Betrachtung muss also immer von allen drei Komponenten die Rede sein, und es macht keinen Sinn, die eine gegen die andere auszuspielen. Auch die Leute, die

hinter der Initiative «Stopp der Überbevölkerung» der Umweltorganisation Ecopop stehen – ich selbst bin Mitglied des Initiativkomitees –, haben nie behauptet, mit einer Bremsung des Bevölkerungszuwachses sei der «Königsweg zur Lösung aller künftigen Probleme gefunden». Was wir hingegen schon sagen: Die Bevölkerungsproblematik wird tabuisiert und muss deshalb endlich ernsthaft diskutiert werden. Das Tabu ist, gerade hinsichtlich der Einwanderung, historisch gesehen verständlich, aber man muss den Mut aufbringen, es aus einer ökologischen Gewissensnot heraus aufzulösen, auch auf das Risiko hin, dass man in die braune Ecke gestellt wird. Im Übrigen kann ja eine Volksinitiative wegen der berühmten Einheit der Materie immer nur ein in sich geschlossenes Thema ansprechen. Es wäre deshalb zu wünschen, dass wir verschiedene Initiativen, wie eben die grüne Wirtschaftsinitiative, die Ecopop-Initiative, die Landschaftsinitiative usw. als einander in idealer Weise ergänzend sehen könnten und nicht der Initiative der jeweils anderen jeglichen Wert absprechen.

Für Balthasar Glättli gibt es keinen solchen Ausgleich: Man wende sich doch bitte ausschliesslich dem Kernproblem zu, dem Umbau der Wirtschaft. Zur Untermauerung dieser Forderung vergleicht er die Zunahme der Bevölkerung von 1980 bis 2008 mit der der Zahl der Personenwagen und sagt, die erstere betrage nur 22 Prozent, die letztere dagegen 94 Prozent. Dazu wäre erstens anzumerken, dass sich die von Balthasar verwendeten Daten nicht auf die Personenwagen (PW), sondern auf sämtliche Motorfahrzeuge (also inkl. Lastwagen, Motorräder etc.) beziehen (wie in der Grafik zu seinem Artikel richtig angegeben). Berücksichtigen wir nur die PW, reduziert sich das Prozentwachstum von 94 auf 77. Das ist natürlich immer noch erschreckend genug.

Zweitens aber zeigt das Rechenbeispiel, wie man mit Statistik alles beweisen kann, wenn man nur die Daten «richtig» auswählt. Wir können die Nichtigkeit der Bevölkerungszunahme absolut endgültig belegen, wenn wir bis zum Jahr 1950 zurückgehen. Wir finden dann nämlich, dass die Bevölkerung seither (bis 2010) bloss um 67 Prozent gewachsen ist, während der PW-Bestand um sage und

schreibe rund 2700 Prozent zugenommen hat! Machen wir die gleiche Rechnung aber nur für den Zeitraum 2000 bis 2010, erhalten wir schon eher vergleichbare Wachstumsprozente: Plus 9 für die Bevölkerung und plus 15 für die PW. Balthasar wünscht sich mehr wirtschaftliche Innovationen und weniger blosse Mengenproduktion, aber gerade Innovationen haben die Tendenz, bei Akzeptanz zum Teil der Mengenproduktion zu werden. Hierfür ist das Auto ein hervorragendes Beispiel: Seine Ausbreitung geschah nach dem Zweiten Weltkrieg explosionsartig, aber nun nähert sie sich einer Sättigungsschwelle und beginnt allmählich mit der Bevölkerungszunahme Schritt zu halten.

Solange wir nicht imstande sind, unseren Lebensstil zu vereinfachen, ist somit eine Beschränkung der Bevölkerungszunahme nicht abwegig, es sei denn, es ist uns egal, wenn wir die Schweiz als Lebensraum ruinieren. Völlig unverständlich ist für mich in diesem Zusammenhang Balthasars Bemerkung, beim heutigen Lebensstil würden auch bloss 6 Millionen Einwohner schon grosse Umweltprobleme verursachen. Richtig, aber was soll ich daraus herauslesen? Dass es, da wir eh schon Probleme haben, keine Rolle spielt, ob wir 8, 10, 12 oder mehr Millionen sind?

Der eigentliche Skandal

Zum Schluss dies: «Die Wirtschaft und auch die öffentliche Hand rufen heute jene Arbeitskräfte, die sie brauchen,» schreibt Balthasar. Ja und nein. Ich erinnere mich an die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens vom 1. Mai 2011, in der der Wirtschaftsförderer des Kantons Schaffhausen verkündete, es sei gelungen, im letzten Jahr 33 Firmen neu anzusiedeln, ein Rekord! Und wie lockt man die Firmen an? Mit Steuererleichterungen für die nächsten paar Jahre natürlich. Und selbstverständlich ist Schaffhausen nicht der einzige Kanton, der solchen Praktiken huldigt. Der Umfang der Zuwanderung wird somit nicht einfach einem wirklichen oder angeblichen Bedarf überlassen, sondern aktiv gefördert! Das ist skandalträchtig. Ist es da erstaunlich, dass man zum Schluss kommt, der bevölkerungsmässigen Überflutung der Schweiz sollte ein Riegel geschoben werden?